Bundestagswahl 2025: AfW im Dialog mit der Politik – Positionen von Bündnis 90/Die Grünen

AfW-PM-Bild ©

Der AfW Bundesverband Finanzdienstleistung führt im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 Gespräche mit den Finanzexpertinnen und Finanzexperten potenzieller Regierungsparteien, um deren Positionen zu zentralen Themen der Finanz- und Versicherungsvermittlung zu erfragen. Im Austausch mit Katharina Beck, finanzpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, sprachen die AfW-Vorstände Frank Rottenbacher und Norman Wirth über wesentliche Punkte zur privaten Altersvorsorge, zur Nachhaltigkeitspräferenzabfrage und zur Vergütung von Vermittlerinnen und Vermittlern.

Katharina Beck betonte die Notwendigkeit, die Nachhaltigkeitspräferenzabfrage praktikabler zu gestalten. Zwar sei die Abfrage regulatorisch auf EU-Vorgaben zurückzuführen, doch seien Vereinfachungen dringend nötig. Kritisch sieht sie zudem die aktuelle Einstufung von Atomkraft und Gas als nachhaltig, da dies die Glaubwürdigkeit des Nachhaltigkeitslabels untergrabe.

Zur privaten Altersvorsorge sprach sich Beck für eine verstärkte Förderung aus, insbesondere für das Fondsparen und die Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen. Sie verwies darauf, dass 50 % der Menschen in Deutschland keine Rücklagen hätten und 27 % regelmäßig in den Dispokredit rutschen müssten. Diese Personengruppe müsse gezielter unterstützt werden.

In der Diskussion um ein mögliches Provisionsverbot für Finanz- und Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler sprach sich Beck nicht für eine eindeutige „Ja- oder Nein“-Position aus. Wichtiger sei es, mehr Transparenz in Vergütungsmodellen zu schaffen, um das Vertrauen der Kundinnen und Kunden in die Beratung zu stärken. Sie plädiert für eine offene Diskussion über sinnvolle Reformen und betonte die Bedeutung eines kontinuierlichen Austauschs mit der Branche, um realistische und akzeptierte Lösungen zu finden.

Ein weiteres wichtiges Thema war der Vorschlag von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck Sozialabgaben auf Kapitalerträge zu erheben. Frau Beck betonte, dass es richtig sei, dass die Krankenkassen Finanzbedarf hätten. Dieser Vorschlag müsse jedoch in ein größeres Bild eingeordnet werden, nämlich das der Bürgerversicherung. Es gäbe ein Problem mit den Superreichen, die sich zu wenig am Gemeinwohl beteiligten. Ohne einen Systemwechsel könnten Sozialversicherungsbeiträge auf private Vorsorgeprodukte das Gegenteil bewirken und Sparen unattraktiver machen. Der Normalsparer solle nicht belastet werden. Im Gegenteil, der private Vermögensaufbau solle unterstützt werden. Ohne die Bürgerversicherung sei der Vorschlag nicht konsistent mit den Zielen der Grünen.

„Der AfW wird sich weiterhin mit Nachdruck für die Interessen der unabhängigen Vermittlerinnen und Vermittler einsetzen. Ein pauschales Provisionsverbot lehnen wir entschieden ab, da es Verbraucherinnen und Verbrauchern den Zugang zu qualifizierter Beratung erschwert. Stattdessen setzen wir auf Transparenz und Wahlfreiheit in der Vergütung“, erklärt AfW-Vorstand Frank Rottenbacher.

Pressekontakt:

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.
Telefon: 030 / 63 96 43 7 - 0
Fax: 030 / 63 96 43 7 - 29
E-Mail: office@afw-verband.de

Unternehmen

AfW - Bundesverband Finanzdienstleisung e.V
Kurfürstendamm 37
10719 Berlin

Internet: www.bundesverband-finanzdienstleistung.de

Über AfW - Bundesverband Finanzdienstleisung e.V

Der Bundesverband Finanzdienstleistung AfW e.V. ist der Berufsverband unabhängiger Finanzberater:innen. Circa 40.000 Versicherungs-, Kapitalanlage- und Immobiliardarlehensvermittl:innen werden durch seine ca. 2.100 Mitgliedsunternehmen repräsentiert. Er wurde 1992 gegründet.

Der AfW ist gefragter Gesprächspartner der Politik im gesamten Bereich der Finanzdienstleistung. Sein aktives Engagement ist Garant dafür, dass die Interessen der unabhängigen Finanzberater:innen in Politik, Wirtschaft und Presse wahrgenommen und berücksichtigt werden. Er ist als Interessenverband beim Deutschen Bundestag und beim Europäischen Parlament akkreditiert und engagiert sich in diversen Brancheninitiativen insbesondere auch zum Thema Nachhaltigkeit in der Finanz- und Versicherungswirtschaft.

Die Arbeit des AfW wird durch eine große Anzahl von Fördermitgliedsunternehmen unterstützt.